

Königsberger-Ludwig: Frauen in Notwohnungen verdienen soziale Gerechtigkeit

Utl.: Weg zurück in ein normales, selbstbestimmtes Leben muss möglich sein =

St. Pölten, (OTS) - „Es sind besondere Lebenslagen, die dafür sorgen, dass sich Menschen in Not befinden und es sind konkrete Maßnahmen, die soziale Gerechtigkeit ermöglichen oder diese verhindern“, betont NÖ Soziallandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig anlässlich des morgigen internationalen Tages der sozialen Gerechtigkeit und macht speziell auf die Situation von Frauen in Notwohnungen aufmerksam.

„Frauen, die in Notwohnungen leben, erhalten oftmals Sozialleistungen, weil etwa nach einer Trennung das Partnereinkommen wegfällt. Bereits im Jänner 2017 traten Änderungen bei der Mindestsicherung in Kraft, die dafür sorgten, dass das zur Verfügung stehende Geld für Frauen in einer Notwohnung weniger wurde. Nach scharfen Protesten wurde zwar nachgebessert, dennoch stellten die geltenden Bestimmungen die Frauen vor große Herausforderungen. Mit 1. Jänner dieses Jahres zog die Sozialhilfe neu eine weitere Verschärfung dieser Situation nach sich“, informiert Königsberger-Ludwig.

„Alle Bemühungen, die drohenden Verschlechterungen frühzeitig abzuwenden, waren erfolglos. Es geht sogar so weit, dass die Betreiber der Notwohnungen meinen, Frauen abraten zu müssen, in Notwohnungen zu ziehen, da dort das Ziel der Eigenständigkeit nicht mehr erreicht werden kann“, gibt Königsberger-Ludwig Einblick in die aktuelle Lage. Es brauche deswegen entweder eine Klarstellung, dass BewohnerInnen von Notwohnungen und ähnlichen Einrichtungen nicht als Haushaltsgemeinschaft zu werten seien oder eine Abkehr von den Kürzungen bei größeren Haushalten, fordert Königsberger-Ludwig rasch eine vernünftige Lösung.

„Das neue Gesetz lindert keine Not, sondern schafft Perspektivenlosigkeit. Notwohnungen haben die Funktion, Frauen in schwierigen Lebenslagen als Sprungbrett in die Eigenständigkeit zu dienen. Dieser Auftrag muss weiter erfüllbar bleiben. Frauen, die sozial prekäre Situationen zusammenführen und sich gegenseitig in der Krise auch helfen, dürfen nicht bestraft werden, weil sie sich etwa

eine Küche miteinander teilen müssen. Ihnen ist vielmehr zu helfen",
so Königsberger-Ludwig abschließend.

(Schluss) ha

~

Rückfragehinweis:

Büro LR Ulrike Königsberger-Ludwig

Mag. Dr. Anton Heinzl

Pressesprecher

02742/9005 DW 12576, Mobil: +43 676/4073709

anton.heinzl@noel.gv.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/13058/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0121 2020-02-19/12:15

191215 Feb 20

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200219_OTS0121